

Es informiert Sie	Volker Peters
Telefon (0202)	563 5023
Fax (0202)	563 8035
E-Mail	volker.peters@stadt.wuppertal.de
Datum	24.07.123

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Denkmalpflegeausschusses am 22.05.2003

Anwesend sind:

Stellvertretender Vorsitz

Herr Volker Dittgen ,

von der CDU-Fraktion

Frau Birgit Hetfleisch bis 17.35 Uhr TOP 7., Frau Silvia Kaut , Frau Ute Mindt , Herr Rainer Spiecker , Frau Andrea Winterhager

von der SPD-Fraktion

Herr Prof.Dipl.Ing Will Baltzer , Frau Annegret Grevé , Herr Manfred Mankel , Frau Christa Stuhlreiter

von der FDP-Fraktion

Frau Edeltraut Fromme
als Gast Herr Paul

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Petra Lückerath

als sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Detlef Schmitz

von der Verwaltung

Frau Heike Hellkötter , Herr Peter Schlieper , Herr Thomas Uebrick

von der Presse

A. Lukesch – Westdeutsche Zeitung General-Anzeiger

Schriftführer

Herr Volker Peters

Beginn: 16:04 Uhr
Ende: 17:42 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Der **stellvertretende Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er entschuldigt dann für diese Sitzung die Herren Grimm, Goedeking und Haltaufderheide.

Der Schriftführer berichtet, dass die zunächst im Gebäude Bismarckstr. 90 („Villa Springorum“) vorgesehene Sitzung dort habe nicht stattfinden können, da das Gebäude keinerlei Möblierung enthalte. Eine daraufhin überlegte Verlegung der Sitzung in das Gebäude Briller Str. 2 („Villa Amalia“) sei ebenfalls nicht sinnvoll gewesen, da im Umfeld des Sitzungsortes keine ausreichende Anzahl Parkplätze festzustellen gewesen seien. Daraufhin sei mit dem Vorsitz abgesprachen worden, die Sitzung wieder in das Rathaus zu verlegen. Der Denkmalpflegeausschuss nimmt hiervon mit Beifall Kenntnis.

Von der CDU-Fraktion werden zu TOP 5 – Anregungen und Fragen aus dem Ausschuss – Wortmeldungen angekündigt.

Der TOP 6 – Kurzinformationen durch die Verwaltung wird um den Punkt c) Hohlweg im Kaltenbachtal ergänzt. Unterlagen dazu sind ausgelegt.

Gegen die Ergänzungen und die Tagesordnung erheben sich keine Einwendungen.

1 **Denkmalbereichsatzung für das Zoo-Viertel in Wuppertal** **Vorlage: VO/1333/03**

Der **stellvertretende Vorsitzende** bittet die Verwaltung zunächst um einen Bericht, warum die Beschlussvorlage erst in der heutigen Sitzung ausgelegt werden konnte. Die Bezirksvertretung habe zu dieser Beschlussvorlage bereits eine Empfehlung beschlossen.

Herr Beig. Uebrick berichtet, dass der Bezirksvertretung Elberfeld-West versehentlich eine noch nicht freigegebene Beschlussvorlage zur Beratung zugeleitet worden sei. Hierbei habe es sich aber nur um eine geringe redaktionelle Änderung gehandelt, da die Texte der Beschlussvorlage und der eigentlichen Denkmalbereichsatzung hätten noch in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Die Verwaltung sei auch deshalb so verfahren, um den Inhalt der Denkmalbereichsatzung möglichst rechtssicher zu machen, um eine weitere Verzögerung durch mögliche Verfahrensfehler zu vermeiden. Wie man ja wisse, seien diese in der Vergangenheit bereits vorhanden gewesen. Insgesamt bedauere er die Dauer des Satzungsverfahrens.

Auf die Besorgnis von **Frau Stv. Kaut**, dass die Bezirksvertretung Elberfeld-West möglicherweise nochmals über die Beschlussvorlage beraten müsse, erwidert er, dass es hier um die detailgenaue Festlegung des Geltungsbereiches gehandelt habe. Auch sei die Beschreibung des Geltungsbereiches geringfügig von der planerischen Darstellung abgewichen.

Nunmehr sei die schon bereits erwähnte Rechtssicherheit nach Auffassung der Verwaltung gegeben.

Frau Lückerath erinnert daran, dass sich die Bezirksvertretung Elberfeld-West mehrmals verstärkt für den Fortgang des Satzungsverfahrens eingesetzt habe. Daher sei das nochmalige Missgeschick bedauerlich.

Frau Stv. Grevé sieht sich auf Grund der erst heute zur Sitzung erfolgten Auslage der Beschlussvorlage außer Stande, diese hier spontan durchzuarbeiten und beantragt daher die Vertagung auf Hauptausschuss und Rat der Stadt Wuppertal.

Frau Stv. Kaut schließt sich diesem Antrag an und erkundigt sich, ob nach der Rechtskraft der Denkmalsbereichsatzung einer weiterer Ausbau des Wuppertaler Zoos weiterhin möglich sei.

Herr Beig. Uebrick erläutert, dass die vorgesehene Erweiterung hinter der ehemaligen Bahntrasse liege, die den Geltungsbereich der Denkmalsbereichsatzung hier enden lasse.

Frau Stv. Kaut nimmt die erst zur heutigen Sitzung erfolgte Auslage der Beschlussvorlage zum Anlass, die Notwendigkeit von Sitzungen des Denkmalpflegeausschusses in Zweifel zu ziehen. Dieser habe keine eigene Zuständigkeit und müsse seine Arbeit auf Kenntnisnahmen und Empfehlungen beschränken. Sie habe die Bitte, sich hierüber nochmals Gedanken zu machen.

Herr Stv. Spieker schließt sich der Kritik seiner Vorrednerin an und erweitert diese auch auf das Nachsenden von angekündigten Beschlussvorlagen. Er erinnere an den der Verwaltung vor einiger Zeit bereits erteilten Auftrag, über die Zuständigkeiten des Denkmalpflegeausschusses Vorschläge zu unterbreiten. Er richte an die Geschäftsbereichsleitung die Aufforderung, hierüber in der nächsten Sitzung des Denkmalpflegeausschusses Definitionen vorzulegen.

Der **stellvertretende Vorsitzende** berichtet, dass es im Dezember 2002 ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter und der Verwaltung zu den Arbeitsschwerpunkten Verwaltung und Denkmalpflegeausschuss gegeben habe. Eine weitere Reaktion der Verwaltung darauf sei nicht erfolgt.

Herr Stv. Spieker vermutet auch noch einen möglichen Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Unteren Denkmalbehörde.

Beschluss des Denkmalpflegeausschusses vom 22.05.2003:

Vertagt auf Hauptausschuss und Rat der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

2

**Kooperatives Verfahren Haus der Jugend
Nachbearbeitung aus der Gemeinschaftssitzung am 09.05.03
Vorlage: VO/1255/03**

Frau Stv. Grevé vermisst eine Behandlung der in der gemeinschaftlichen Sitzung der Ausschüsse am 09. April 2003 von den Mitgliedern des Denkmalpflegeausschusses gemachten Kritiken und Hinweise. Die für die heutige Sitzung vorgelegte Verwaltungsvorlage enthalte keine entsprechende Ergänzung. Es könne der Eindruck entstehen, dass die Mitwirkung des Denkmalpflegeausschusses nicht ihre entsprechende Würdigung finde.

Der **stellvertretende Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Wortmeldungen von den Mitgliedern des Denkmalpflegeausschusses in der Niederschrift über die gemeinschaftliche Sitzung der Ausschüsse enthalten sei.

Der Schriftführer macht darauf aufmerksam, dass die heute vorgelegte Beschlussvorlage in ihrem Beratungsablauf ausschließlich für die gemeinschaftliche Sitzung am 09. April 2003 erarbeitet worden sei. Erst auf seine Nachfrage hin sei in die Einladung zu der Gemeinschaftssitzung und in die Beschlussvorlage die Beteiligung des Denkmalpflegeausschusses aufgenommen worden. Die Beschlussvorlage sei ausschließlich zur Information der heutigen Einladung beigefügt worden.

Herr Prof. Baltzer bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass nur die alte Beschlussvorlage und nicht eine überarbeitete Beschlussvorlage vorgelegt worden sei.

Frau Lückerath ist der Auffassung, dass die in der Einladung erwähnte Nachbearbeitung aus der Gemeinschaftssitzung gar nicht erfolgen könne, da es noch keine neuen Erkenntnisse gebe.

Herr Beig. Uebrick berichtet, dass die alte Beschlussvorlage auch deshalb noch mal zugesandt worden sei, weil nichts Neues schriftlich vorliege. Der Tagesordnungspunkt sei deshalb aufgenommen worden, weil es ein Gespräch mit Herrn Prof. Mainzer beim Landschaftsverband Rheinland gegeben habe. Es sei ja bekannt, dass es eine ablehnende Stellungnahme des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege gegeben habe. Das Gespräch habe zu dem Ergebnis geführt, dass auch Prof. Mainzer der Auffassung gewesen sei, dass der Umbau nicht denkmalgerecht sei. Die Auffassung, dass an einem Baudenkmal nichts verändert werden dürfe, werde in Wuppertal nicht geteilt. Eine städtebaulich sinnvolle Lösung müsse auch eine sinnvolle interne Nutzung ermöglichen. Mit dem Entwurf gehe es darum, die Nutzflächen innerhalb des Gebäudes zu erweitern und die Verkehrsflächen nach außerhalb des Gebäudes zu verlegen. Als nächster Schritt sei ein Gespräch mit dem Herrn Oberbürgermeister und ihm beim zuständigen Minister Vesper vereinbart, um dort zu klären, welche Auffassung der Minister vertrete. Es sei wenig sinnvoll, die vorgesehene Maßnahme gegen die ablehnende Meinung des Landschaftsverbandes Rheinland durchzuführen. Teile der Minister die Auffassung der Stadt Wuppertal, nehme das Vorhaben seinen Fortgang. Von daher habe es auch keine weiteren Aufträge an die Architekten gegeben, letztendlich auch wegen der damit verbundenen nicht geringen städtischen Mittel. Die Architekten seien aber zur Vorbereitung des Ministergespräches gebeten worden, einmal die wirtschaftlichen Zusammenhänge darzustellen. Dazu gehöre unter Anderem der gemachte Vorschlag, die notwendige Erschließung hinter der Fassade des Gebäudes vorzunehmen. Durch das Vorgetragene trete insofern eine Verzögerung der geplanten Kulturachse Barmen ein.

Der **stellvertretende Vorsitzende** gibt seinen Eindruck wieder, dass man mit Verbesserungen dem Anbau zustimmen wolle. Er rege an, in den weiteren

Wortmeldungen auf die Aspekte des Denkmalschutzes einzugehen. Von daher sei die heutige Beratung von Vorteil.

Frau Stv. Grevé hält es für wenig sinnvoll, sich mit den Vorstellungen des Denkmalpflegeausschusses gegen die Auffassung des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege zu stellen und dabei nicht zu wissen, ob der Minister die Auffassung der Stadt Wuppertal mittrage. Sollte eine Äußerung des Denkmalpflegeausschusses erforderlich sein, so könne das Verfahren im Sinne der in den beiden Sitzungen gemachten Äußerungen fortgeführt werden.

Frau Stv. Kaut ist der Auffassung, dass man in der Einladung zu der heutigen Sitzung dann hätte von einer Berichterstattung der Verwaltung sprechen sollen. Die vorgenommene Formulierung habe zu der Verwunderung der Ausschussmitglieder geführt, dass sich in dieser Angelegenheit nichts weiter getan hätte. Sicherlich solle die Meinung des Denkmalpflegeausschusses dargestellt werden, sie halte es aber nicht für opportun, bei dem geschilderten schwebenden Verfahren in die Tiefe der Beratung zu gehen.

Herr Prof. Baltzer erinnert an den Vorschlag in der Gemeinschaftssitzung, den Ausbau so vorzunehmen, dass dieser auch gegebenenfalls ohne Beschädigung der Fassade wieder entfernt werden könne. Er rege an, zu dem Ministergespräch eine entsprechend den gemachten Anregungen überarbeitete Entwurfsplanung vorzulegen. Er sehe die Gefahr, zu der vorliegenden Planung eine ablehnende Auffassung zu erhalten. Sie widerspreche auch der bestehenden Beschlusslage.

Frau Lückerath erkundigt sich nach dem weiteren zeitlichen Ablauf. Interessant sei die Information, dass hinsichtlich des vorbeugenden Brandschutzes bereits eine hohe Summe aufgewandt worden sei. Hier stelle sich für sie die Frage, wie diese Verbesserungen in den Gesamtumbau einbezogen werden sollen.

Herr de Bruyn-Ouboter erklärt, dass sich seine bereits vorgetragene ablehnende Auffassung zu dem Vorhaben zwischenzeitlich noch verstärkt habe. Er erinnert dann an die geschichtliche Entstehungsgeschichte der damaligen „Ruhmeshalle“, die ihr Vorbild im Reichstag in Berlin habe. Bei der „Ruhmeshalle“ sei der gleiche ästhetische Baustil verwandt worden. Er sei sich sicher, dass der vorgesehene Anbau einen Blick auf die bestehende Fassade nicht mehr zulassen werde. Von daher werde die Zielsetzung der damaligen Architektur völlig umgedreht. Für die heutige Gestaltung des Gebäudes sei es ein falscher Entwurf.

Herr Schmitz stellt fest, dass die Stellungnahme des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege den Mitgliedern des Denkmalpflegeausschusses entgegen einer Zusage nicht zugänglich gemacht worden sei. Hierzu möchte er seinem Unbehagen Ausdruck geben. Sein Verein sei mit der vorgestellten Variante 2 einverstanden. Man sei allerdings der Auffassung, dass die Architekten eine alternative Variante hinsichtlich eines seitlichen oder rückwärtigen Zuganges zu dem Gebäude hätten prüfen sollen. Der Vorstand seines Vereines teile die Auffassung des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege, dass der Eingriff in die Frontfassade zu einer Beeinträchtigung führen werde.

Herr Prof. Baltzer erklärt die besondere Bedeutung einer Überarbeitung des Entwurfes in der Weise, dass die Fassade nach dem erfolgten Anbau weiterhin Tageslicht erhalte. Dieses sei technisch durchaus machbar. Ein Beispiel dazu sei an dem Aufzug an der historischen Stadthalle zu sehen. Für die Fraktion bestehe er nach wie vor darauf, den Versuch zu nehmen, die Anregungen in einer geänderten Entwurfsplanung umzusetzen.

Herr Stv. Spieker bittet für seine Fraktion Herrn Beig. Uebrick, seine gemachten Ausführungen schriftlich darzulegen. Damit könne man dann die Überlegungen

über das weitere Vorgehen in die Ratsfraktion tragen. Der heutige Bericht der Verwaltung habe doch einige neue Erkenntnisse gegeben, die nicht in den bereits vorhandenen Niederschriften enthalten seien.

Herr Beig. Uebrick erwidert, dass die Niederschrift über die heutige Sitzung sicherlich die wesentlichen Elemente seines Vortrages enthalten werde. Es gebe über das Gespräch beim Landschaftsverband Rheinland beim Ressort 101 einen Vermerk, den er dem Denkmalpflegeausschuss zur Verfügung stellen wolle. Bei der Verwaltung habe der Wunsch bestanden, in dem gemeinsamen Gespräch mit Herrn Prof. Mainzer gemeinsame Vorstellungen über eine weitere sinnvolle Nutzung des Hauses der Jugend im Rahmen des Denkmalschutzes zu finden. Das sei von Herrn Prof. Mainzer kategorisch abgelehnt worden, so dass man nun das angekündigte Ministergespräch führen wolle, um dort eine andere Einschätzung zu erreichen. Es solle nicht vergessen werden, dass die Stadt Wuppertal für ihre hohe Anzahl an Denkmälern sehr viel tue. Auch bei Baudenkmalern müsse eine zeitgerechte Nutzung mit denkmalgerechten Umbauten möglich sein. Er werde nach dem Ministergespräch Ende Juli dem Denkmalpflegeausschuss weiter berichten.

Frau Stv. Grevé bittet die Verwaltung darum, zukünftig grundsätzlich die Stellungnahmen des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege dem Denkmalpflegeausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Prof. Baltzer wiederholt seine Anregung, zu dem Ministergespräch eine überarbeitete Fassung der Entwurfsplanung zu verwenden.

Frau Fromme erkundigt sich, ob Herr Prof. Mainzer bei dem Ministergespräch ebenfalls anwesend sei. Sie schließt sich der Auffassung von Herrn Prof. Baltzer an, dem Minister nur eine Entwurfsplanung vorzulegen, die auch eine Aussicht auf Zustimmung habe.

Der **stellvertretende Vorsitzende** erkennt beim jetzigen Beratungsstand noch keine einheitliche Meinung des Denkmalpflegeausschusses, die die Verwaltung bei dem Ministergespräch begleiten könne.

Frau Stv. Kaut erläutert die Auffassung ihrer Fraktion, das Haus der Jugend einer wirtschaftlich vertretbaren Nutzung zuzuführen, dieses aber mit der Maßgabe, den bisherigen Denkmalwert des Gebäudes soweit wie möglich zu erhalten. Eine rigorose Beachtung des Denkmalschutzes führe zu keiner Verbesserung.

Herr Schmitz wiederholt die Auffassung seines Vereins, die Veränderungen nicht an der Frontseite („Schau-Fassade“) vorzunehmen, sondern seitliche und rückwärtige Lösungen zu suchen.

Frau Lückerath ist der Auffassung, dass in der Gemeinschaftssitzung ein Teil dieser Anmerkungen bereits beantwortet worden sei. Nach ihrer Auffassung schade es dem Baudenkmal mehr, wenn man den Haupteingang durch eine seitliche oder rückwärtige Verlegung zu einem Nebeneingang herabstufte. Durch eine denkmalgerechte, ästhetische Glasverkleidung lasse man dem Haupteingang seine heutige Bedeutung. Dies sei an vielen Beispielen gezeigt worden.

Der **stellvertretende Vorsitzende** stellt als Ergebnis der Beratung fest, dass die Mehrzahl der Ausschussmitglieder die Verwaltung bitte, im vorgetragenen Sinne mit dem Minister zu verhandeln. Seine persönliche Meinung sei, dass der Haupteingang zum „Haus der Jugend“ an die heutige Stelle gehöre.

Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

Nachtrag:

Die Stellungnahme des Landschaftsverbandes Rheinland – Rheinisches Amt für Denkmalpflege – vom 31. März 2003 ist als **Anlage** beigelegt.

**3 Aufstellung eines Erinnerungsmales an die Opfer des Kapp-Putsches in der Flensburger Str./Paradestr.
Vorlage: VO/1519/03**

Keine Wortmeldung.

Beschluss des Denkmalpflegeausschusses vom 22.05.2003:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**4 Strategische Steuerung
Vorlage: VO/1330/03**

Zu der Verwaltungsvorlage wurde die Präambel dazu ausgelegt.

Der Schriftführer berichtet, dass der Rat der Stadt Wuppertal in seiner Sitzung am 31.03.2003 die Vorlage als eingebracht betrachtet habe und diese nach Beratung in den Gremien in einer der nächsten Sitzungen des Rates beschlossen werden solle. Deshalb habe die Verwaltung vorgeschlagen, die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung zu setzen und dazu den Mitgliedern des Denkmalpflegeausschusses, die nicht Stadtverordnete sind, Papierausdrucke der Beschlussvorlage übersandt.

Der **stellvertretende Vorsitzende** schlägt vor, die Beschlussvorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

- 5 **Anregungen und Fragen aus dem Ausschuss**
- a) **Informationen über die Denkmalwürdigkeit eines Objektes: "General-Oberst-Hoepfner-Kaserne"**
 - b) **Ausbau der Schwebebahn: Lagerplatz; "Media-Park"**
 - c) **Künftige Nutzung eines Baudenkmales ("Villa Springorum")**
 - d) **Ausbau des Verkehrsknotens "Döppersberg"**
 - a) **Informationen über die Denkmalwürdigkeit eines Objekte: „General-Oberst-Hoepfner-Kaserne“**

Auf die Bitte von **Frau Stv. Kaut** nach dem aktuellen Sachstand berichtet **Herr Beig. Uebrick**, dass ein Gutachten des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege vorliege, welches weitgehend eine Unterschutzstellung befürworte. Dieses Gutachten liege auch dem Bund als Grundstückseigentümer und seiner Verwertungsgesellschaft vor. Übereinstimmend sei man der Auffassung, dass man das Kasernengelände nicht unter Denkmalschutz stellen wolle, um eine Flexibilität zu bekommen hinsichtlich der zukünftigen Nutzung des Geländes. Es gebe eine Reihe von Stellungnahmen an das Land Nordrhein-Westfalen in denen empfohlen werde, auf einen Denkmalschutz zu verzichten. Es sei noch offen, in welcher Richtung das Land entscheiden werde. Die Zuständigkeit für die Unterschutzstellung liege hier bei der Bezirksregierung. Die Verwaltung versuche ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass so wenig wie möglich des Kasernengeländes unter Denkmalschutz gestellt werde. Der Denkmalschutz gebe bei der zukünftigen Vermarktung des Geländes gewisse Probleme, die interessierte Investoren abschrecken könnten.

Auf Nachfrage von **Frau Stv. Grevé** sieht er keinen Zusammenhang hinsichtlich des bereits unter Denkmalschutz stehenden Casinos auf Graf von Stauffenberg. Das erwähnte Gutachten enthalte dazu auch keinen Hinweis. Man könne feststellen, dass die Stadt auch bereits ohne einen Denkmalschutz nur sinnvolle Änderungen, z. B. in der ehemaligen Sagankaserne vorgenommen habe. Es gehe letztendlich darum, möglicherweise vorhandene Gebäude abzureißen, um zu einer sinnvollen neuen Nutzung zu kommen.

Herr Schmitz berichtet für seinen Verein, dass dieser die Bemühungen der Verwaltung um die Weiterentwicklung der Technologieachse Süd unterstütze. Die Diskussion über die Unterschutzstellung dieses eigentlich nichtöffentlichen Raumes habe überrascht.

Herr de Bruyn-Ouboter geht auf den geschichtlichen Ursprung der Militärgebäude ein. Es stelle sich die Frage, ob es in der Bundesrepublik noch andere Kasernengelände gebe, aus denen sich in der Zukunft die geschichtliche Entwicklung ablesen ließe.

Herr Beig. Uebrick erwidert, dass es zahlreiche Kasernenkomplexe aus den 30er Jahren gebe. Es sei nicht bekannt, ob hierzu bereits Unterschutzstellungen erfolgt seien.

Herr Prof. Baltzer sieht ebenfalls nicht unbedingt die Notwendigkeit der Unterschutzstellung und bittet um Auskunft, ob Einsichtnahme in das erwähnte Gutachten genommen werden könne.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

b) Ausbau der Wuppertaler Schwebbahn; „Media-Park“

Frau Stv. Mindt erinnert an die Bemühungen, einen geeigneten Lagerplatz für die zur Erhaltung vorgesehenen alten Bauteile der Wuppertaler Schwebbahn zu finden. Nunmehr biete sich die Möglichkeit, am Lüntenbecker Weg auf einem bisher anderweitig genutzten Grundstück einen solchen Lagerplatz einzurichten.

Herr de Bruyn-Ouboter berichtet über die momentanen Lagermöglichkeiten einzelner ausgebauter Bauteile der Wuppertaler Schwebbahn. Seines Erachtens sei es kaum noch möglich, einen gesamten Bahnhof in voller Originalität zu retten. Der Lagerplatz in Vohwinkel sei vom Verein angemietet.

Herr Beig. Uebrick trägt vor, dass das angesprochene Grundstück in der Lüntenbeck einer Vermarktung zugeführt werden solle. Es würde sich dann auch hier nur um eine Lagerung unter freiem Himmel handeln. Für den „Media-Park“ sei noch eine Machbarkeitsstudie in der Bearbeitung. Das Land habe seine Förderungsmöglichkeit von der gesamten Tragfähigkeit des Projektes abhängig gemacht. Erst wenn die Studie vorliege, könne man über die Umsetzung weiter nachdenken. Wann das „Meta-Forum“ dann auch wirklich stehe, sei offen.

Frau Fromme erkundigt sich nach den Möglichkeiten, die bisher geretteten Teile der Schwebbahn auf einem Lagerplatz zusammen unterzubringen.

Herr de Bruyn-Ouboter ist der Auffassung, dass es um die Rettung alter Teile der Wuppertaler Schwebbahn etwas still geworden sei. Hinsichtlich der Verwendung der auf beiden Landstrecken unterschiedlichen Bauteile sollten Ideen entwickelt werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Stv. Spieker** bestätigt **Herr Beig. Uebrick**, dass die Absicht zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich des „Media-Parkes“ vor einem Jahr anlässlich einer Begehung des Geländes entstanden sei. Nach weiteren Detailgesprächen sei die Studie im Januar 2003 in Auftrag gegeben worden. Zum Abschluss sei man von einem halben Jahr Bearbeitungsdauer ausgegangen. Auch die Finanzierung sei abzuklären gewesen.

Auf Nachfrage von **Frau Stv. Hetfleisch** geht er dann auf die Presseveröffentlichungen ein, wonach es Schwierigkeiten bei der endgültigen Bereitstellung der zugesagten Förderungsmittel des Landes zur Erhaltung der drei Schwebbahnhöfe geben solle. Richtig sei, dass das Land Schwierigkeiten habe, die zugesagten Mittel zeitgerecht zur Verfügung zu stellen und deshalb die Wuppertaler Stadtwerke in die Situation kämen, diese Mittel bei Fortführung der Arbeiten zwischen zu finanzieren. Genauere Informationen könne aber nur ein Bericht der Wuppertaler Stadtwerke geben.

Der Schriftführer berichtet, dass Herr Beyen auf Befragen keine Notwendigkeit zur Abgabe eines weiteren Sachstandsberichtes in dieser Sitzung gesehen habe.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

c) Künftige Nutzung eines Baudenkmales („Villa Springorum“)

Auf Vorschlag von **Frau Lückerrath** sagt die Verwaltung für den nichtöffentlichen Teil der nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht zu.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

e) Ausbau des Verkehrsknoten „Döppersberg“

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Baltzer** berichtet **Herr Beig. Uebrick**, dass in Kürze die Machbarkeitsuntersuchung vorliegen solle. Die Ergebnisse dieser Studie könnten in einer gemeinschaftlichen Sitzung der zuständigen Fachausschüsse vorgestellt werden.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

6

Kurzinformationen durch die Verwaltung

a) Ausgrabungen auf dem Kirchplatz in Elberfeld

b) Projekt "Lampenfieber" am Baudenkmal Schwebebahn

c) Hohlweg im Kaltenbachtal

Berichterstatter: Ressort Baurecht, Grundstücke und Wohnen

Berichterstatter: Ressort Baurecht, Grundstücke und Wohnen

a) Ausgrabungen auf dem Kirchplatz in Elberfeld

Herr Beig. Uebrick berichtet, dass durch Spenden der Stadtparkasse, der Bezirksvertretung und der Wuppertaler Stadtwerke ein Betrag in Höhe von 8.500,00 € erzielt worden sei. Die mit den Ausgrabungen beauftragte Firma habe sich bereit erklärt, noch zwei Arbeitstage an die Auftragszeit anzuhängen. Somit könnten die Grabungen um ca. 14 Tage verlängert werden, um eventuell weitere Erkenntnisse zu bekommen. Man warte jetzt dringend auf die erforderliche Genehmigung durch die Bezirksregierung. Es gehe auch darum, mit den Ausgrabungen zügig weiterzukommen, damit die vorgesehene Baumaßnahme endgültig abgeschlossen werden könne.

Auf Nachfrage des **stellvertretenden Vorsitzenden** sagt er zu, die Mitglieder des Denkmalpflegeausschusses über die Wiederaufnahme der Ausgrabungen in Kenntnis zu setzen. Dann könne man sich vor Ort informieren.

Frau Lückerath regt im Hinblick auf die anwesende Presse an, dass diese nochmals über den Fortgang der Ausgrabungen berichten möge.

Herr Prof. Baltzer schließt sich dieser Anregung an. Es gehe insbesondere darum, besonders wertvolle Funde dann auch entsprechend zu sichern.

Frau Fromme bedankt sich unter Beifall des Denkmalpflegeausschusses für die Bemühungen der Geschäftsbereichsleitung um die Spenden.

Herr de Bruyn-Ouboter regt an, die Bevölkerung auch an dem Verlauf der Ausgrabungen vor Ort teilnehmen zu lassen. Es gehe ferner darum die gemachten Funde zu dokumentieren, aufzubewahren und auch zukünftig den Bürgern zu präsentieren.

Herr Stv. Spieker berichtet über die Besorgnis der angrenzenden Geschäftsleute, dass die Bauarbeiten so bald wie möglich abgeschlossen sein sollten.

Herr Beig. Uebrick wiederholt seine Aussage, dass die Genehmigung der Bezirksregierung noch ausstehe und die Mittel für eine Fortdauer der Ausgrabungen für einen Zeitraum von 14 Tagen zur Verfügung ständen. Nach seiner Einschätzung sollten die Bauarbeiten einschließlich der Ausgrabungen im Sommer beendet sein.

Frau Stv. Grevé bittet **Herrn Beig. Uebrick**, der ausführenden Firma den Dank des Denkmalpflegeausschusses hinsichtlich der Bereitstellung von zwei weiteren Arbeitstagen zu übermitteln. Eine solche Bereitschaft sei besonders zu würdigen. Dieser sagt das als Inhalt einer späteren Pressemitteilung zu.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

b) Projekt „Lampenfieber“ am Baudenkmal Schwebebahn

Frau Hellkötter berichtet über das Projekt „Lampenfieber“ am Baudenkmal Schwebebahn. In einem Gespräch habe das Rheinische Amt für Denkmalpflege das Projekt begrüßt. Man hoffe, mit dem Projekt eine angemessene Darstellung des Baudenkmales Schwebebahn zu erzielen. Das Rheinische Amt für Denkmalpflege habe insbesondere darum gebeten, die erhaltenswerten Schwebebahnhöfe und auch die Gebäude der Gerichtsinself in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

c) Hohlweg im Kaltenbachtal

Der Schriftführer berichtet, dass die Vorlage zur Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg der Geschäftsstelle kurz vor der Sitzung zugeleitet und heute ausgelegt worden sei. Die Bezirksvertretung erwarte vom Denkmalpflegeausschuss eine unterstützende Empfehlung in dieser Angelegenheit. Ausdrucke der Bilder lägen den Fraktionen vor.

Herr Schlieper trägt vor, dass in dem Hohlweg Aufschüttungen vorgenommen worden seien, um diesen dann mit Mountain-Bikes befahren zu können. Im Moment sei zu berichten, dass der historische Hohlweg zurzeit nicht unter Denkmalschutz stehe. Das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege soll um Auskunft gebeten werden, ob es sich hier um ein Bodendenkmal handle. Die Verwaltung werde darüber weiter berichten.

Kenntnisnahme ohne Beschlussfassung.

Der stellvertretende Vorsitzende schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 17.30 Uhr.

Herr Volker Dittgen
stellvertretender Vorsitzender

Herr Volker Peters
Schriftführer